Statement **für das Immanuel-Kant-Gymnasium**

Vorausgeschickt:

Auch nach unserer Auffassung führt an der Zusammenführung von Gymnasien in Südlichtenberg nichts vorbei, wenn ein attraktives Bildungsangebot aufrechterhalten werden soll.

Mittel- und langfristig muss sich die Bezirkspolitik auf die gesicherte Existenz zweier Gymnasien in Süd-Lichtenberg festlegen.

Aus Sicht des humanistisch orientierten Kant-Gymnasiums können prinzipiell alle Süd- Lichtenberger Gymnasien in allen denkbaren Varianten miteinander zusammengeführt werden.

Unsere Position:

1. Wir kritisieren nach wie vor, dass das Bezirksamt die faktische Auflösung der ältesten Traditionsschule Lichtenbergs beschlossen hat und keinen anderen Weg suchte, attraktive, erhaltungswürdige Schulprofile und geschichtsträchtige Namen miteinander zu verbinden.
   Dieser Bezirk hat nicht sehr viele erhaltenswerte Traditionsinstitute.
   Unsere Schule ist älter als das Oskar- Ziethen -Krankenhaus und älter als der Tierpark. Zehntausende Absolventen verknüpfen den Bezirksnamen mit dieser Bildungseinrichtung.
   Bezirkspolitik muss – unbedrängt von kurzfristigen Konfliktängsten - auch auf diese stadtgeschichtlichen Aspekte Rücksicht nehmen. Unser Appell an die Bezirkspolitiker:
   Beweisen Sie Mut und suchen Sie eine Lösung, die Zusammenschlüsse auf gleicher Augenhöhe, die Kombination bewährter Schulprofile und die Rettung des Namens der „Mutter aller Gymnasien" in Lichtenberg miteinander verbindet.

2. Der Standort des Immanuel-Kant-Gymnasiums ist durch S-Bahn- und Busanschluss ideal für Lichtenberger Kinder.
   Er erfüllt eine Bildungsfunktion und eine soziale Stützfunktion im Sanierungsgebiet Kaskel- / Weitlingkiez.
   Dies hat die Zukunftskonferenz des Sanierungsträgers eindrucksvoll bestätigt.
   Gemeinsam mit den Oberstufenzentren und der Max- Taut- Aula bildet die Schule als Bildungsstandort Nöldnerplatz eine wichtige soziale Stütz- und Klammerfunktion in der Sozialstruktur des Sanierungsgebietes. Darüber hinaus ist der Standort nur für Schulzwecke zu nutzen. Die Bezirkspolitik muss

den Standort daher prinzipiell halten, wenn sie im Sanierungsgebiet nicht scheitern will.

3. Eine Zusammenführung zweier Schulen – und zwar vollkommen egal, wer mit wem – ist zum 01. August 2006 nicht mehr zu schaffen.
   In der verbleibenden Zeit kann kein gut zusammengeführtes Gymnasium mehr entstehen.
   Die seit dem Bezirksamtsbeschluss verlorene Zeit ist nicht mehr aufholbar.
   Die eingesetzte Steuergruppe konnte erst viermal tagen und konnte die zu bewältigenden Probleme nicht ansatzweise lösen. Die Gremien sind noch gar nicht beteiligt.
   Eine Zusammenführung von Gymnasien – wer auch immer mit wem zusammenzuführen ist – kann nur auf gleicher Augenhöhe und gleichberechtigt, orientiert am Leitbild für Schulzusammenführungen, erfolgen.
   Wir fordern, dass die inhaltliche und menschliche Zusammenführung zweier Schulen nachhaltig unterstützt wird.

   Das erfordert Zeit und Vertrauen.

   Wir fordern, dass eine paritätische inhaltliche und personelle Zusammenführung gewährleistet wird.
   Hier ist nicht nur der Bezirk, sondern auch die Senatsschulverwaltung gefordert. Sie muss die paritätische Zusammenführung unterstützen.
   Es verbietet sich in diesem Prozess auch, die Idee einer gleichberechtigten menschlichen und fachlichen Zusammenführung dadurch stören zu wollen, dass vorschnelle Personaleingriffe vorgenommen werden, um ggf. personelle Unterbringungsfälle aus anderen Bezirken in eine „neue" Schule zu setzen.

   Wir wollen keine „neue" Schule, sondern eine auf gleicher Augenhöhe paritätisch personell und inhaltlich „zusammengeführte" Schule.

   Am Standort Lückstraße müssen schnell und konsequent die baulichen Voraussetzungen für einen zusammengeführten Schulbetrieb geschaffen werden. Dies betrifft die baulichen Maßnahmen für Chemieräume und die Sanitärbereiche. Das betrifft die Schaffung einer Musiketage.

   Niemand kann eine Zusammenführung zweier Schulen beschließen und dann 15 Monate in baulichem Nichtstun verharren. Denn egal, wer sich am

Nöldnerplatz zusammenfindet: die Ansprüche an die Unterrichtsvoraussetzungen sind gleich.

Die Bezirkspolitik ist aufgefordert, jetzt nicht aus purer politischer „Gesichtswahrerei" am Termin 01.08.2006 festzuhalten, weil er zu Lasten unserer Kinder ginge.

Zusammengefasst:

Wenn Sie tatsächlich an einem funktionsfähigen, attraktiven, zusammengeführten Gymnasium in Süd-Lichtenberg und an guten Bildungsvoraussetzungen für unsere Kinder politisch interessiert sind:
Heben Sie den Termin 01.08.2006 auf.